

ZEITGESCHEHEN**Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.12.2007, Nr. 291, S. 10****Das Trauma des Gebietsverlustes****Die Zerteilung historischer Länder heilt lange nicht, wie das Beispiel Ungarn zeigt / Von Georg Paul Hefty**

Noch sind die europäischen Außenminister beim Blick auf das Kosovo in der Phase des Nachdenkens über das Für und Wider einer Anerkennung nach einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung durch die albanische Mehrheitsbevölkerung der serbischen Provinz. Seit dem Wochenanfang scheint die Losung zu gelten: "Nur nichts überstürzen". Immerhin geht es um einen völkerrechtlichen Akt, der in der jüngsten Geschichte Europas einzigartig wäre. Das Kosovo ist seit Jahrhunderten ein wesentlicher Teil Serbiens, auch wenn man es nicht als "Wiege des Serbentums" überhöht. Als Serbien Bestandteil zunächst des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen und später der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens war, war das von Albanern bevölkerte Kosovo zeitweise eine "autonome Provinz" - ebenso wie die Vojvodina, die wegen der großen ungarischen Minderheit einen Sonderstatus hatte. Seit der Jahrtausendwende wird die Gegend von den Vereinten Nationen verwaltet und von den Truppen der Kfor im Zaum gehalten. Nach den Vorstellungen der Kosovo-Albaner, der Vereinigten Staaten und einer Anzahl europäischer Regierungen soll das Territorium von Serbien völkerrechtlich abgetrennt und ein eigenständiger Staat werden.

Niemand weiß, wie die serbische Regierung und vor allem die serbische Bevölkerung auf diesen unter heutigen Bedingungen beispiellosen Akt reagieren werden. Werden sie sich abfinden, werden sie "jedes" Urteil eines internationalen Gerichtshofs hinnehmen, werden sie - auf welche zivilisierte Art und wann auch immer - eingreifen, werden sie im Gefühl der Hilflosigkeit, gar Verzweiflung neue Partner suchen oder alte Partnerschaften einseitig vertiefen? Wer kann schon in die Seele eines übervorteilten Volkes und in die weite Zukunft schauen.

Aber es lohnt sich, auf die Zeiten zurückzublicken, als in Europa nicht nur wie in den neunziger Jahren föderative Staaten wie Jugoslawien und die Sowjetunion sowie die Tschechoslowakei in ihre Bausteine zerfielen, sondern einzelnen Ländern nach Kriegen von den Siegermächten in Friedensverträgen Gebiete abgenommen wurden. Und erst recht lohnt sich der Blick auf die dann folgenden Jahrzehnte und auf die jene Jahrzehnte bestimmende Geisteshaltung in den amputierten Ländern. Um näher an den Balkan zu kommen, sollen Deutschland, das die Abspaltung seiner Ostgebiete erst nach Jahrzehnten aus Anlass der deutschen Einheit endgültig und das heißt auch mental anerkannt hat, und Österreich, das den Verlust Südtirols - in einem gewissen Unterschied zu Böhmen und Mähren - gleichfalls lange nicht verschmerzt hat, außer Betracht bleiben. In Betracht gezogen wird Ungarn, das vom Jahr 1000 bis zum Jahre 1919/20 trotz mancher gewaltiger Einschnitte (etwa der 160 Jahre dauernden türkischen Teilbesetzung) ein im Großen und Ganzen einheitliches Staatsgebiet hatte, und dessen südliche Gebiete vor 87 Jahren an den südslawischen Staat, insbesondere an Serbien, fielen.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges im Herbst 1918 hatte das Habsburger Reich Österreich-Ungarn schlechte Karten, denn es hatte mehr politische Gegner, als es bis dahin militärische gehabt hatte. Insbesondere die 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 8. Januar 1918 zur Neuordnung Europas untergruben die Verhandlungsposition Österreichs und Ungarns in den bevorstehenden Friedensverhandlungen. Der zehnte und der elfte Punkt besagten: "X. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir gesichert und anerkannt zu sehen wünschen, sollte die freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung gewährt werden. XI. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt werden, besetzte Gebiete wiederhergestellt, Serbien freier und gesicherter Zugang zum Meer gewährt und die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten zueinander auf Grund freundschaftlicher Beratung gemäß den historisch begründeten Grundsätzen der Treuepflicht und der Nationalität festgelegt werden. Es sollten internationale Garantien für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der verschiedenen Balkanstaaten vereinbart werden."

Die Sprengkraft dieser heute selbstverständlich erscheinenden Grundsätze lag in dem Ausdruck "Völker Österreich-Ungarns". Damit waren nicht entsprechend der Staatsangehörigkeit das Volk der Österreicher und der Ungarn gemeint, sondern die einzelnen Ethnien innerhalb der Staaten: die Tschechen und Slowaken, Slowenen, Italiener und Bosniaken innerhalb Österreichs sowie die Kroaten, Serben, Rumänen, Slowaken und andere innerhalb Ungarns. Die Bezeichnung "Völker" wurde aus geschlossenen Siedlungsgebieten abgeleitet, die sich zum Teil jenseits der Grenzen im Nachbarstaat fortsetzten. Die Zigeuner, die Juden oder die verstreut siedelnden Deutschen schienen weniger oder bestenfalls auf eine andere Art Anrecht auf die "freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung" zu haben.

Der Friedensvertrag - wie in anderen Verliererstaaten sprachen auch in Ungarn viele vom Friedensdiktat - wurde am 4. Juni 1920 in Trianon unterzeichnet. Noch sechzig Jahre später bekundete der damals anwesende ungarische Diplomat Pál Hevesy, dass der Vertrag im Falle Ungarns fast ausschließlich vom französischen Regierungschef Georges Clemenceau gestaltet worden war. "Großungarn" (Ungarn mit Kroatien) musste von seinen 325411 Quadratkilometern an Rumänien 103093 (Siebenbürgen), an die neue Tschechoslowakei 61633 (Oberungarn), an das neue südslawische Königreich 42541 (Kroatien und Slawonien) und weitere 20551 (Vojvodina) abgeben. Abzüglich weiterer kleinerer Gebietsverluste verblieben dem ungarischen Staat 92963 Quadratkilometer. Als besonders schmerzlich wurde der

Verlust Siebenbürgens empfunden, weil dort die ungarische Bevölkerung von "ingesickerten Rumänen planmäßig mit Hilfe hoher Geburtenraten majorisiert worden" sei. 3,2 Millionen Magyaren fanden sich plötzlich jenseits der Landesgrenzen wieder; Tausende wanderten nach Ungarn ab oder wurden dorthin vertrieben.

Mehr als zwei Jahrzehnte lang drehte sich die ungarische Politik fortan um zweierlei: die Klage über den Verlust und die Suche nach ausländischen Partnern zur Minderung des Verlustes. Trianon wurde mit "Dreimal: Nein" übersetzt. Da das beschnittene Österreich zu schwach war, wurden die Beziehungen zu Deutschland ausgebaut, das freilich selbst während der Weimarer Republik von den Folgen des Versailler Vertrages geprägt war. Es hing auch mit Trianon/Versailles zusammen, dass nach der Machtergreifung Hitlers der ungarische Ministerpräsident Gömbös die Beziehung mit dem deutschen Diktator suchte, während das ungarische Staatsoberhaupt Horthy eher auf den italienischen Diktator Mussolini setzte. Die Suche nach Unterstützern im Westen, vor allem in England, blieb bis auf zwiespältige Erfolge etwa beim Verleger Lord Rothermere aussichtslos. So wurde Ungarn schließlich zum Kriegsverbündeten Deutschlands und zum Knecht wie zum Opfer Hitlers. Der 1. Wiener Schiedsspruch unter Beteiligung Deutschlands und Italiens brachte Ungarn im November 1938 den Rückgewinn der ungarisch besiedelten Gebiete der Slowakei, im Juni 1939 annektierte Budapest die Karpatho-Ukraine. Mit dem 2. Wiener Schiedsspruch im August 1940 erhielt es etwa die nördliche Hälfte Siebenbürgens zurück. 1941 wurde Ungarn zum deutschen Aufmarschgebiet gegen Jugoslawien - Ministerpräsident Pál Teleki beging zuvor Selbstmord, was der britische Premier Churchill mit Hochachtung quittierte. Die neue Regierung besetzte einen Teil des einstigen Südungarn. Von den vermeintlichen Erfolgen geblendet, merkten viele Ungarn nicht, wie ihre Freiheit ständig kleiner und ihre Gefangenschaft größer wurde. Allerspätestens mit der deutschen Besetzung Ungarns im März 1944 und der Entmachtung Horthys durch Hitler im Oktober desselben Jahres war der Versuch, Trianon und die Gebietsverluste auf irgendeine Art zu revidieren, zur zusätzlichen nationalen Katastrophe geworden.

Doch als ein halbes Jahrhundert später und 70 Jahre nach Trianon Jugoslawien, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion zerfielen und die deutsche Einheit errungen worden war, fragten viele Ungarn nicht nur hinter vorgehaltener Hand, ob es nun auch für ihr Land Aussicht auf eine Wiedererlangung verlorener Gebiete gäbe. Daraus entwickelten sich freilich nirgends auch nur die geringsten Unruhen der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern. Das amtliche Ungarn setzte sich mit seinem damaligen Ansehen vielmehr für die rasche Aufnahme seiner Nachbarn in Nato und EU ein, um so der Freizügigkeit näher zu kommen.

Serbien und das Kosovo stehen unter völlig anderen Bedingungen vor der Entscheidung über eine völkerrechtliche Sezession. Wird die Europäische Union einen Weg finden, der vor traumatischen Erfahrungen der Serben wie der Kosovo-Albaner bewahrt? Daniel Cohn-Bendit forderte im Europaparlament die baldige und gleichzeitige Aufnahme Serbiens und des Kosovo in die EU. Dies kann freilich sowohl nach einer Abtrennung wie auch ohne eine solche geschehen.

Alle Rechte vorbehalten. (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main

Logout

© Frankfurter Allgemeine Archiv

[Startseite](#)